

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Sondersitzung der Nordatlantischen Versammlung am 13. Juni 1983 in Kopenhagen

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 9. bis 13. Juni 1983 in Kopenhagen ab. Am 13. Juni fand eine Sonderplenarsitzung mit Aussprache über das Thema „Aktuelle Aspekte der Sicherheit in Europa“ statt.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Mitglieder:

Abg. Prof. Dr. Abelein (CDU/CSU)
Frau Beck-Oberdorf (DIE GRÜNEN)
Biehle (CDU/CSU)
Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Horn (SPD)
Dr. Hupka (CDU/CSU)
Ibrügger (SPD)
Jungmann (SPD)
Petersen (CDU/CSU)
Voigt (Frankfurt) (SPD)

Stellvertretende Mitglieder:

Abg. Bahr (SPD)
Dr. Corterier (SPD)
Gansel (SPD)
Kolbow (SPD)
Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)
Dr. Lenz (Bergstraße) (CDU/CSU)
Rühe (CDU/CSU)
Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Prof. Dr. Soell (SPD)
Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)
Weiß (CDU/CSU)
Würtz (SPD)

Bundesrat:

Frau Minister Griesinger (CDU), Baden-Württemberg

Staatsminister Schmidhuber (CSU), Bayern
Senator Fröhlich (SPD), Bremen
Minister Dr. Günther (SPD), Hessen
Frau Minister Donnepp (SPD), Nordrhein-Westfalen
Staatsminister Böckmann (CDU), Rheinland-Pfalz

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Dr. Peter Corterier (Bundesrepublik Deutschland), der mit dieser Sitzung aus seinem Amte schied, übergab die Leitung der Versammlung an Vizepräsident Sir Patrick Wall (Großbritannien) als amtierenden Präsidenten.

Die deutsche Delegation traf am 12. Juni 1983 mit der Delegation beider Häuser des US Congresses bei gemeinsamem Frühstück zu einem Meinungsaustausch zusammen.

In seiner Begrüßungsansprache unterstrich der Präsident des Folketing, **Svend Jakobsen**, daß sich die Themen der Nordatlantischen Versammlung nicht auf Fragen der Verteidigung und Sicherheit beschränkten, sondern den Zusammenhang mit anderen Problemen der Gesellschaft und der Völker wahrten, die beständig zur Verwirklichung von Freiheit, Demokratie und mehr Gerechtigkeit strebten.

Ministerpräsident **Poul Schlüter** (Dänemark) bezeichnete in seiner Rede die Erhaltung der Freiheit als oberstes Ziel des nordatlantischen Bündnisses. Bisher habe das Bündnis diese Aufgabe erfüllt und auch die Bildung regionaler Gleichgewichte ermöglicht, wie z. B. in der nordischen Region. Die Störung solcher Gleichgewichte würde eine große Gefahr darstellen, insbesondere für neutrale Staaten.

Der schwedische Premierminister **Olof Palme** behandelte in seiner Ansprache zunächst Sicherheitsfragen aus der Sicht seines Landes. Er unterstrich das Prinzip der bewaffneten Neutralität, das keine

Verletzungen schwedischen Territoriums zulasse und auf gute und stabile Beziehungen zu beiden großen Bündnissen ausgerichtet sei. Sodann führte er über die Arbeit der von ihm geleiteten „Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen“ und über die Frage atomwaffenfreier Zonen in Europa folgendes aus:

„Das Streben nach Sicherheit in Europa beruht seit mehr als einer Generation auf dem **Konzept der Abschreckung**. Der Frieden in Europa, argumentieren viele, hängt vom nuklearen Potential der beiden Bündnisse ab. Das Bestehen der nuklearen Abschreckung hat vielleicht in der Vergangenheit einen Krieg verhindert. Längerfristig jedoch kann die Abschreckung selbst gefährlich werden. Das Argument, der Frieden könne durch Abschreckung erhalten werden, bedeutet nichts anderes, als daß das Streben nach Sicherheit auf Angst gegründet sein muß. Das Ziel liegt darin, dem Gegner soviel Angst wie möglich einzuflößen. Und er bezweckt dasselbe. Das Ergebnis ist, daß die Angst weiter wächst.

Unsicherheit und gegenseitiges Mißtrauen sind die notwendigen Folgen der Abschreckungspolitik. Sie bedrohen das politische Vertrauen, welches die Basis einer dauerhaften Sicherheit sein muß. Sie führen zu fortdauernder militärischer Konkurrenz. Die Suche nach der unerreichbaren Gewißheit der Abschreckung hat als Rechtfertigung für fortgesetzte Entwicklung und Stationierung atomarer Waffen in Europa gedient.

Die laufenden **Verhandlungen in Genf über atomare Mittelstreckenwaffen** beweisen die der Abschreckungsdoktrin innewohnenden Probleme. Man ist sich allgemein bewußt, daß beide Bündnisse ein ausreichendes Abschreckungspotential besitzen, um auf die jetzt zur Diskussion stehenden Systeme zu verzichten. Dennoch scheint ein Durchbruch bei den Verhandlungen in weiter Ferne zu sein.

Meine Regierung hofft inständig, daß diese Verhandlungen bald zu positiven Ergebnissen führen werden. Der beste Weg zu einer erhöhten Sicherheit in Europa besteht in weniger Kernwaffen und in einem konstruktiven Dialog zwischen Ost und West. Wir meinen, daß keine weiteren Kernwaffen aufgestellt werden sollten. Wir meinen ferner, daß die bereits aufgestellten Nuklearsysteme erheblich reduziert werden und ein Gleichgewicht der konventionellen Streitstärke auf niedrigerer Ebene erreicht werden sollte.

Ich glaube nicht, daß das Konzept der Abschreckung plötzlich aufgegeben werden kann. Es wird in der einen oder anderen Form bestehenbleiben. Mißtrauen kann nicht über Nacht durch Vertrauen ersetzt werden.

Die **Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen**, deren Vorsitzender zu sein ich die Ehre hatte, kam jedoch zu dem Schluß, daß „nukleare Abschreckung nicht die langfristige Basis für Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit auf internationaler Ebene bieten kann“. Statt dessen hat die Kommission ein Prinzip der gemeinsamen Sicher-

heit vorgeschlagen. Die Völker müssen Sicherheit in Zusammenarbeit suchen, nicht in Konkurrenz und Angst.

Die Großmächte und ihre Bündnisse haben gegensätzliche Interessen, und so kann es noch sehr lange bleiben. Sie haben aber auch gemeinsame Interessen. Das bei weitem größte gemeinsame Interesse ist die Verhinderung eines Krieges. Die Existenz atomarer Waffen hat den Begriff des Krieges verändert. Atomkriege haben keine Sieger. Die Zerstörung würde über jede Vorstellungskraft hinausgehen. Ein Atomkrieg würde dem sogenannten ‚Sieger‘ ein verwüstetes, strahlenverseuchtes Land hinterlassen.

Es ist auch nicht möglich, einen Atomkrieg zu steuern und zu begrenzen. Die beiden Bündnisse tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, daß unsere Zivilisation nicht durch das ersetzt wird, was Jonathan Schell in seinem heute berühmten Buch ‚Das Schicksal der Erde‘ als ‚eine Insektenrepublik‘ bezeichnete.

Das Bemühen, mehr Vertrauen zu schaffen, an **vertrauensbildenden Maßnahmen** jeglicher Art mitzuwirken, ist für Schritte zu einer gemeinsamen Sicherheit von größter Bedeutung. Dasselbe gilt für die Bemühungen, die Kriegsrisiken und, sollte ein Krieg je ausbrechen, die Eskalationsrisiken herabzusetzen.

Schritte zur gemeinsamen Sicherheit sind in diesem Sinne für unseren eigenen Kontinent, für Europa, von besonderer Bedeutung. Sie sind nicht nur für die Länder innerhalb der NATO und des Warschauer Paktes wichtig, sondern auch für die neutralen Länder. Jeder in Europa lebende Mensch ist das potentielle Opfer eines Atomkrieges. Wir alle teilen das Interesse an größerem Vertrauen zwischen den Ländern in unserer Region. Dieses gemeinsame Interesse bildet auch die Grundlage für das Konzept einer atomwaffenfreien Zone in den nordischen Ländern, über das ich heute sprechen möchte. Ebenso bildet es die Basis für den Gedanken eines von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Korridors in Mitteleuropa.

In ihrem Bericht über ‚Gemeinsame Sicherheit‘ schreibt die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen, daß atomare Gefechtsfeldwaffen, die in vorgeschobenen Positionen in Europa aufgestellt werden, besondere Gefahren aufwerfen. Es besteht das erkennbare Risiko, daß Atomwaffen in einem frühen Stadium eines Konfliktes eingesetzt werden und ein Konflikt mehr oder weniger aus Versehen eskaliert. Die Kommission schlug die Errichtung eines **von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Korridors** vor, der auf beiden Seiten der Grenze zwischen den beiden Blöcken eine Breite von 150 km haben soll. Er könnte im Zuge einer Vereinbarung über Gleichgewicht und gegenseitigen Truppenabbau in Mitteleuropa verwirklicht werden. Wie Sie wissen, bat meine Regierung Ende des letzten Jahres eine Reihe anderer Regierungen um ihre Beurteilung des Korridor-Gedankens, der, wie wir glauben, einen beachtlichen Beitrag zum Prozeß der Vertrauensbildung und ge-

meinsamen Sicherheit in Europa leisten könnte. Jetzt liegen die Stellungnahmen aus allen angesprochenen Ländern vor.

Die Antworten aus den neutralen und blockfreien Ländern sind insgesamt positiv.

Die Antworten aus den Ländern des Warschauer Paktes sind im allgemeinen positiv. Jedoch haben fast alle dieser Länder den Gedanken so umformuliert, daß er ein Gebiet umfassen würde, das doppelt so groß wie das im ursprünglichen Vorschlag beschriebene wäre. Ein derartig erweiterter Korridor würde zweifelsohne den Gedanken von Grund auf verändern, da er praktisch das gesamte Gebiet beider deutschen Staaten umfassen würde. Das Korridor-Konzept soll die grundlegenden Sicherheitsgruppierungen in Europa nicht verändern.

Die Reaktionen der NATO-Länder sind, wie Sie alle wissen, zum größten Teil kritischer ausgefallen. Es wurde gesagt, daß eine solche Zone eine Abweichung vom Prinzip der kollektiven Verteidigung, so wie es von der NATO angewendet wird, darstelle. Ferner wurde gesagt, daß der Korridor zu einer Schwächung der Abschreckung und möglicherweise einer Herabsetzung der nuklearen Schwelle führen würde. Er könnte die laufenden Verhandlungen negativ beeinflussen. Die aus dem Korridor zurückgezogenen atomaren Gefechtsfeldwaffen könnten, so wird ferner vermutet, leicht dorthin zurückgebracht werden.

Ich möchte mich heute mit diesen kritischen Anmerkungen nicht auseinandersetzen. Ich möchte aber anmerken, daß derartige Bedenken von der Kommission selbst eingehend beraten wurden, so auch von jenen sechs Mitgliedern, die zu oder vor jener Zeit ranghohe Vertreter von NATO-Ländern waren. Die Kommission hoffte, einen Vorschlag formulieren zu können, der im gemeinsamen Interesse der beiden Bündnisse sowie anderer Länder sein würde. Sie stellte fest, daß die Sicherheit für beide Seiten verbessert würde, wenn diese atomaren Gefechtsfeldwaffen abgebaut und zurückgezogen würden. Es ist interessant zu beobachten, daß eine Diskussion dieser Art innerhalb des westlichen Bündnisses stattfindet.

Meine Regierung nimmt zur Zeit eine sorgfältige Analyse der Antworten auf unsere Note vor. Wir berücksichtigen dabei auch Reaktionen auf den Korridor-Vorschlag von außerhalb der betroffenen Regierungen. Zu gegebener Zeit werden wir auf diese Angelegenheit zurückkommen, da sie, so meinen wir, für die Erhöhung der Sicherheit in Europa von wachsender Bedeutung ist.

Ich wende mich jetzt der Frage einer **atomwaffenfreien Zone in der nordischen Region** zu.

Die Debatte über atomwaffenfreie Zonen hat in letzter Zeit in Europa an Intensität zugenommen. Der Gedanke ist nicht neu in der internationalen Debatte. Seit den 50er Jahren sind verschiedene Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen diskutiert worden.

Gedanken dieser Art wurden zuerst in Europa geäußert, wie wir aber alle wissen, sind Vereinbarungen über die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen bisher auch für andere Teile der Welt getroffen worden. Die Antarktis und Lateinamerika sind zu solchen Zonen erklärt worden. Der Weltraum und der Meeresboden unterliegen ähnlichen Vereinbarungen.

In Europa wurde der Gedanke von mehreren Regierungen geäußert. Im Jahre 1962 regte meine eigene Regierung die Schaffung eines atomwaffenfreien Clubs im Rahmen des sogenannten Unden-Plans an, demzufolge Nationen, die noch keine atomaren Waffen besitzen, sich auch in Zukunft der Beschaffung und Stationierung solcher Waffen enthalten würden. Und im Laufe der Jahre sind andere Vorschläge besprochen worden, besonders der Plan des finnischen Präsidenten Kekkonen, der das erste Mal 1963 vorgelegt wurde, sowie die Vorschläge bezüglich einer Zone im Balkan.

Die Diskussion über atomwaffenfreie Zonen scheint in Zeiten internationaler Spannung intensiver zu werden. Es ist auch symptomatisch, daß sie in Europa neu belebt wird. Denn gerade hier wird die atomare Bedrohung als allgegenwärtig empfunden. Trotz politischer Veränderungen in der internationalen Situation ist Europa immer noch die Achse, um die sich ein großer Teil der Gegensätze zwischen Ost und West dreht.

Worin liegt nun der Sinn und Zweck atomwaffenfreier Zonen? Meiner Meinung nach sollten sie als Mittel zur Erhöhung der Sicherheit und als eine vertrauensbildende Maßnahme betrachtet werden. Das Vorhandensein von Kernwaffen in einem Gebiet hoher Spannung bringt das Risiko rascher Eskalation mit sich. Die Annahme schiene vernünftig, daß politische und militärische Führer weniger zu übereilten, todbringenden Entscheidungen neigten, wenn sie wüßten, daß von einer bestimmten Region aus keine Kernwaffen abgefeuert werden können. Gleichermäßen wäre es für Staaten innerhalb eines solchen Gebiets vorteilhaft, wenn sie Garantien erhielten, daß sie nicht das Ziel atomarer Angriffe würden.

Oft wird gesagt, in einer kritischen internationalen Situation sei keine Zeit, festzustellen, woher nukleare Angriffe kommen, oder in Friedenszeiten eingegangene Verpflichtungen zu beachten. Wenn jedoch das Bestehen einer atomwaffenfreien Zone den Eskalationsprozeß verzögern oder den Verantwortlichen die dringend benötigte Zeit zum Nachdenken über zukünftige Aktionen und Maßnahmen geben könnte, diene dies einem nützlichen Zweck.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die nordische Region ein Gebiet relativ geringer Spannung gewesen. Die Ende der 40er Jahre in der Region errichteten Sicherheitsbedingungen haben sich bisher als dauerhaft und stabil erwiesen. Ähnliche Traditionen, Kultur und Sozialstrukturen der fünf nordischen Staaten sind trotz ihrer unterschiedlichen Sicherheitspolitik stark genug gewesen, externen Belastungen und dem manches Mal frostigen internationalen politischen Klima zu widerstehen.

Es liegt zweifellos im Interesse aller Regierungen der Region, das fortzuführen und zu bewahren, was in der nordischen Region erreicht worden ist. Wir nehmen auch an, daß es im Interesse der Großmächte und der Bündnisse ist, wenn die derzeitigen Stabilitäts- und Friedensbedingungen in unserem Teil der Welt intakt bleiben.

Unsere Region ist jedoch von der in der Welt allgemein herrschenden Spannung nicht verschont geblieben. Wenn auch die militärischen Dispositionen der beiden Blöcke selbst nicht direkt gegen die nordischen Staaten gerichtet waren, so haben sie sie doch zweifellos berührt. Die jüngsten Vorfälle in der Ostsee können als ein Zeichen für diese Entwicklung gewertet werden.

Der Hauptzweck einer nordischen kernwaffenfreien Zone liegt darin, die Sicherheit der nordischen Staaten zu verbessern. Wir möchten die atomare Bedrohung in unserem Teil der Welt herabsetzen. Das könnte erreicht werden, wenn die nordischen Staaten eine Reihe von Verpflichtungen eingehen, durch die auf ihrem Gebiet weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten Kernwaffen erlaubt würden, sowie durch eine Reihe von Maßnahmen und Garantien seitens der Kernwaffenstaaten. Von den nordischen Staaten sollte keinerlei Drohung für den Einsatz von Kernwaffen ausgehen, und als Gegenleistung sollten die Kernwaffenstaaten sich verpflichten, keine Kernwaffen gegen uns einzusetzen oder uns mit dem Einsatz von Kernwaffen zu drohen.

In der heutigen Situation ist es weder möglich noch sinnvoll, Vorschriften und Bestimmungen im einzelnen zu formulieren. Wir können heute nicht beurteilen, auf welche Weise eine bestimmte Verpflichtung der einen Seite einer Verpflichtung auf der anderen Seite so entsprechen kann, daß die grundlegende Stabilität der Sicherheit in der nordischen Region nicht gestört wird. Das wird weiterer eingehender Beratungen und zu gegebener Zeit entsprechender Verhandlungen bedürfen.

Dennoch möchte ich, wie ich es am 1. Juni in Helsinki schon getan habe, einige der Grundelemente ansprechen, die unserer Meinung nach in einer Vereinbarung über eine kernwaffenfreie Zone in der nordischen Region enthalten sein sollten.

Geographisch sollte sich eine solche Zone in erster Linie auf die Gebiete Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens erstrecken, einschließlich ihrer territorialen Gewässer und Lufträume. Island, ebenfalls ein nordisches Land, sollte natürlich zur Teilnahme eingeladen werden.

Eine fundamentale Forderung besteht darin, daß die in der Zone liegenden Staaten sich verpflichten müssen, ihre Territorien absolut frei von Atomwaffen zu halten. Durch ihren Beitritt zum Vertrag über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen haben sich alle nordischen Staaten verpflichtet, weder eigene Atomwaffen noch die Kontrolle über solche Waffen zu erwerben. Um absolute Freiheit von Atomwaffen zu erreichen, müßten diese Staaten sich auch verpflichten, die Stationierung von Atom-

waffen auf ihren Territorien weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten zuzulassen.

Eine Vorbedingung für die Einrichtung einer sinnvollen atomwaffenfreien Zone wäre, daß sich die Kernwaffen besitzenden Staaten verpflichten, den kernwaffenfreien Status der Zone voll zu respektieren. In erster Linie liegt es an den Atomwaffenstaaten, klare und bedingungslose Garantien abzugeben, unsere Länder weder mit Atomwaffen anzugreifen, noch sie mit einem atomaren Angriff zu bedrohen.

Wir meinen ferner, daß Kernwaffen, die hauptsächlich für den Einsatz gegen Ziele innerhalb der ins Auge gefaßten Zone bestimmt oder geeignet sind, aus unserer nächsten Umgebung zurückgezogen werden sollten. Solche Kernwaffen, sowohl land- als auch seegestützte, wären praktisch überflüssig.

Wir sind zweifelsohne daran interessiert, daß es auf den uns umgebenden Meeren keine Atomwaffen gibt. Die Vereinbarung über eine solche Zone müßte deshalb auch Garantien für eine atomwaffenfreie Ostsee enthalten. In welchem Umfang und zu welchen Bedingungen im einzelnen dies geschehen könnte, müßte durch Verhandlungen festgelegt werden.

Wir haben mit Interesse Anzeichen dafür bemerkt, daß die Sowjetunion bereit wäre, Maßnahmen bezüglich sowjetischer Atomwaffen in Zusammenhang mit der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in der nordischen Region zu diskutieren. Erst vor kurzem hat der sowjetische Parteivorsitzende Andropow dies zu erkennen gegeben. Er sagte am 6. Juni, daß die Sowjetunion die Frage einer atomwaffenfreien Ostsee diskutieren könnte. Er erklärte auch seine Bereitschaft, weitreichende Maßnahmen bezüglich der an die Zone angrenzenden sowjetischen Gebiete zu erwägen. Natürlich bedarf diese Feststellung einer weiteren Klärung, aber wir sehen in ihr einen positiven Beitrag zur Diskussion über diese Angelegenheit.

Wir sind überzeugt davon, daß die Errichtung einer nordischen atomwaffenfreien Zone nach den von mir beschriebenen Grundsätzen einen realen Beitrag zu den Bemühungen leisten könnte, die Rolle von Kernwaffen in ganz Europa zu vermindern. Eine verminderte atomare Bedrohung und eine weniger starke Präsenz von Kernwaffen in unserer nächsten Umgebung können dazu beitragen, die Spannung zwischen den Großmachtblöcken abzubauen. Eine kernwaffenfreie Zone in der nordischen Region könnte dadurch unserer Meinung nach die Entspannung fördern und die Sicherheit der nordischen Region und ganz Europas festigen.

Die Aussicht, in der Errichtung einer solchen Zone Fortschritte zu erzielen, würde durch die günstige Entwicklung der Verhandlungen über Kernwaffen in Europa und der Verhandlungen zwischen den Blöcken über konventionelle Streitkräfte verbessert. Es besteht demnach eine Verbindung zwischen einer solchen Zone und Abrüstungsbemühungen und Maßnahmen, die Sicherheit in Europa insgesamt zu verbessern.

Die Arbeiten an einer atomwaffenfreien Zone in der nordischen Region sollten jedoch, wie wir es sehen, nicht von Entwicklungen in den europäischen Verhandlungen abhängig gemacht werden. Der bei der Errichtung der Zone erzielte Fortschritt selbst leistet einen konstruktiven Beitrag zu den Bemühungen für den allmählichen Abbau der Rolle und Zahl von Kernwaffen in Europa.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß wir in den nordischen Staaten den begonnenen Dialog weiterentwickeln und eine gemeinsame Basis für fortgesetzte Bemühungen zu schaffen trachten. Gespräche sollten auf der Grundlage der traditionellen und selbstverständlichen Anerkennung des Rechtes eines jeden nordischen Landes, seine eigenen Entscheidungen bezüglich der seinen nationalen Interessen am meisten dienlichen Politik zu treffen, geführt werden. Schweden ist seinerseits bereit, offene und vertrauensvolle Kontakte dieser Art fortzusetzen.

Die Bemühungen zur Schaffung einer nordischen atomwaffenfreien Zone sind in der Tat ein kontinuierlicher Prozeß, durch den wir selbst das politische Klima in unserer Region beeinflussen können. Das bedeutet, daß sie ihre eigene vertrauensbildende Wirkung haben.

Atomwaffenfreie Zonen sollten, so hoffen wir, die Sicherheit erhöhen und die Angst der Menschen in Europa vermindern. Sie sollten auch dazu dienen, das Vertrauen zwischen den Supermächten selbst zu verstärken. Sie sollten das Risiko einer unmittelbaren Eskalation herabsetzen und bestimmte Gebiete aus atomaren Konflikten heraushalten.

In der heutigen düsteren internationalen Situation muß es unser Ziel sein, uns in Richtung auf Strukturen zu bewegen, die Vertrauen und Kooperation in Europa schaffen. Wir glauben, daß die Konstellationen, die ich heute kurz dargelegt habe, im Interesse der davon betroffenen Länder liegen können. Und wir glauben, daß der Diskussionsprozeß über solche Konstellationen letztendlich einen Beitrag zum gegenseitigen Vertrauen leisten kann.

Wir müssen bestehende Mechanismen, die zu einer erhöhten Sicherheit in Europa führen könnten, aktiv einsetzen. Ich denke in diesem Zusammenhang besonders an die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die **KSZE** bietet einen Rahmen für die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, für den Schutz der Menschenrechte und für das Zustandekommen einer neuen Politik der Entspannung. Es liegt an uns, ihn zu nutzen.

Mein Land hat sich als Gastgeber für eine **Konferenz über Abrüstung in Europa** im Rahmen der **KSZE** angeboten. Wir hoffen, daß diese Konferenz bald stattfinden wird. Wir glauben, daß sie ein Teil der Bemühungen sein könnte, Sicherheit auf der Grundlage des Vertrauens, nicht des Mißtrauens, aufzubauen.

Wir müssen zu einer Situation kommen, in der Atomwaffen tatsächlich abgebaut werden, in der Atomwaffen in internationalen Beziehungen immer

mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Wenn wir uns in diese Richtung bewegen, können wir einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in Europa leisten.“

Auf die Frage von Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland), ob der Redner den sowjetischen Führern Vertrauen entgegenbringe und ob er dies auch Hitler gegenüber getan haben würde, antwortete Premierminister **Palme**, er hielte die sowjetischen Führer für rational, während Hitler wahnsinnig gewesen sei. Auch die deutsche Regierung wünsche ein gutes und stabiles Verhältnis zur gegenwärtigen Führung der Sowjetunion. Senator **Stratton** (USA) fragte Premierminister **Palme**, ob nicht eine kernwaffenfreie Zone die darin befindlichen Staaten gänzlich der Sowjetunion auslieferten. Premierminister **Palme** antwortete, das Überleben des Westens liege bereits jetzt in Händen der beiden Supermächte. Ein Rückzug der nuklearen Gefechtsfeldwaffen gäbe das Überleben des Westens nicht noch mehr in die Hand der Sowjets, sondern würde vielmehr die Gefahr frühzeitiger Eskalation beseitigen und entspräche damit dem strategischen Denken beider Seiten. Es handele sich lediglich um eine vertrauensbildende Maßnahme. Schweden habe auf Atomwaffen verzichtet, damit die Spannung im nordischen Bereich nicht erhöht würde. Für den Verzicht Dänemarks und Norwegens auf die nukleare Option müßte die UdSSR als Gegenleistung auf etwas verzichten. Es sei gefährlich, das Überleben der Welt auf Nuklearwaffen zu gründen.

Verteidigungsminister **Dr. Manfred Wörner** (Bundesrepublik Deutschland) hielt folgende Ansprache an die Versammlung (in englischer Sprache):

Die **europäische Sicherheit** ist seit dem Ende des 2. Weltkrieges bestimmt worden durch die Reaktion des Westens auf den massiven Aufbau der sowjetischen Militärmacht. Die Bildung des Sowjetblocks in den von der Sowjetarmee besetzten Gebieten und die Aufteilung des kontinentalen Europas schufen politische Bedingungen, die nach wie vor die Beziehungen aller europäischen Länder untereinander beherrschen und die Spannungen zwischen Ost und West aufrechterhalten.

Der **Grund der Unsicherheit** hier in Europa ist nicht bei den Waffen oder der Stärke der militärischen Konfrontation zu suchen, sondern im politischen Konflikt — und dieser Konflikt wird nicht belebt, wie manche behaupten, durch Rüstungskonkurrenz, sondern durch die sowjetische Vorherrschaft über einen großen Teil Osteuropas und die expansive Politik der Sowjetunion. Die Vornedislozierung massiver sowjetischer Streitkräfte ist sowohl in militärischer als auch in politischer Hinsicht ein beherrschendes Merkmal der Lage in Europa. Aus diesem Grund sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, eine große militärische Streitmacht in Westeuropa zu unterhalten.

Verzeihen Sie mir, daß ich auf die Lage in meinem Land hinweise. Es ist nämlich etwas anderes, wenn man auf dem eigenen Boden das Vorhandensein einer Diktatur spürt, die verhindert, daß das eigene

Volk nach seinem Willen handeln und in Frieden und Freiheit vereint leben kann.

Die Realität dieser Lage ist am deutlichsten in **Berlin** zu sehen; die Präsenz amerikanischer, britischer und französischer Garnisonen in der geteilten Stadt ist noch immer die einzige Garantie für die Freiheit des westlichen Teiles von Berlin. Diese Realität überschattet die innerdeutsche Grenze: befestigt, elektrifiziert, vermint und von bewaffneten Soldaten patrouilliert, die den Befehl haben, auf Grenzverletzer — meistens Leute, die versuchen, ihr natürliches Recht auf Freizügigkeit geltend zu machen, — zu schießen.

Die einzigen Streitkräfte, die seit dem Ende des Krieges europäische Grenzen überschritten und die Souveränität europäischer Staaten — in allen Fällen eigener Verbündeter — verletzt haben, waren sowjetische und osteuropäische Armeen, die in die Länder ihrer Nachbarn einmarschierten, um das Volk — Arbeiter und Bauern — zu unterwerfen, das seinen Willen zum Ausdruck brachte, in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben; die einzigen Panzer, die in europäischen Städten schossen, waren sowjetische Panzer mit russischer Besatzung. All diese Waffengewalt wurde in den Grenzen des Warschauer Paktes verübt. Auf dem Spiel stand nicht die Sicherheit der östlichen Länder vor Drohungen aus dem Westen, sondern die Interessen der Sowjetunion und des Kommunismus.

Entspannung als Politik war und bleibt ein vernünftiger Ansatz zur Veränderung dieser Lage und der Ost-West-Beziehungen. Aber die Entspannung hat das militärische Gleichgewicht in Europa nicht geändert, noch hat sie zu einer Änderung der sowjetischen Machtpolitik geführt, wie man nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Polen feststellen kann. Die Sowjetunion hat ihre „Suche nach Frieden“ durch Diplomatie und öffentliche Erklärungen immer sorgfältig von ihrer Rüstungs- und Militärpolitik getrennt. Der ständige Anstieg sowjetischer Investitionen in Rüstung und Streitkräfte, der Aufbau ihrer Offensivmacht in Europa wurde durch die gesamten 60er und 70er Jahre hindurch, d. h. während der sogenannten „Entspannungsphase“ fortgesetzt.

Die Menschen, die diese Beweise auf beiden Seiten abwägen, fragen nun nach Nutzen und Sinn militärischer Sicherheit, einer Politik, die das Ziel einer Ausgewogenheit der Streitkräfte verfolgt. Einige behaupten, weitere Bemühungen führten nur dazu, einen „Rüstungswettlauf“ in noch gefährlichere Dimensionen zu steigern. Andere empfehlen, abzurüsten — und wenn wir sowjetische Kooperation durch gegenseitige und kontrollierte, mit Streitkräfte-Reduzierungen beginnende Abrüstung nicht erlangen könnten, sollten wir einseitig abrüsten, um einen Prozeß in Gang zu setzen, ein Beispiel zu geben und unseren guten Willen zu beweisen.

Läge Westeuropa an einer anderen Stelle der Welt, könnten wir gelassener sein und uns vielleicht den Luxus einseitiger Abrüstung oder Streitkräftereduzierungen leisten. Da uns jedoch die scharfe Schneide der Sowjetmacht zugekehrt ist, die Speer-

spitze der Sowjetarmee auf das kontinentale Westeuropa zeigt, da die Ostsee und das Schwarze Meer von sowjetischen See- und Luftstreitkräften beherrscht werden, da sich die größte strategische Basis der Welt an der Nordspitze Skandinaviens befindet und zwei Drittel der Sowjetflotte auf der Halbinsel Kola stationiert sind und von der Barents-See über Norwegen, Großbritannien, Island in den Nordatlantik hinausgreifen können, da ein starkes sowjetisches Flottengeschwader ständig im Mittelmeer kreuzt, und da — last not least — etwa 20 000 sowjetische Kampfpanzer in Mittel- und Nordeuropa stehen, ohne daß dabei weitere Verbände in der westlichen Sowjetunion mitgerechnet sind, und da zwischen den sowjetischen Garnisonen in Thüringen und dem Rhein nur etwa 250 km liegen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als unsere Verteidigung vorzubereiten und einsatzbereite Streitkräfte zu unterhalten, um vor einer Aggression oder der politischen Anwendung von Gewalt gegen uns abzuschrecken.

Zu diesem Zweck müssen wir uns mit drei Hauptfragen befassen und die richtigen Mittel zur Lösung der Probleme finden, denen wir uns gegenüber sehen:

- Abschreckung
- Rüstungskontrolle
- Gestaltung der Ost-West-Beziehungen.

Abschreckung ist die grundlegende Sicherheitsgarantie, über die wir in Europa verfügen, da das Ungleichgewicht der Kräfte mit der Sowjetunion nicht unabgedeckt bleiben kann. Die Abschreckung kann aufrechterhalten werden, solange wir der Sowjetunion ein unannehmbares Risiko für ihr eigenes Territorium und ihre Streitkräfte für den Fall entgegenhalten, daß ein Krieg gegen Westeuropa geführt wird. Wir brauchen mit den Sowjets und anderen WP-Streitkräften nicht Panzer für Panzer oder Geschütz gegen Geschütz gleichzuziehen. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß das Gleichgewicht der militärischen Optionen in Europa zu einem deutlichen und entscheidenden Vorteil des Angreifers gegenüber dem Verteidiger umschlägt. Und ich möchte noch einmal betonen, daß wir nie angreifen, unsere Streitkräfte nie zuerst einsetzen werden. Wir sind und bleiben ein reines Verteidigungsbündnis. Und wenn alle anderen Bündnisse sich entsprechend verhalten würden, wäre der Frieden gesichert.

Der Zusammenhalt in der NATO und die strategische Einheit, die Nordamerika und Westeuropa bilden, sind die Voraussetzungen für die Sicherheit in Europa. Der Schutz dieser Einheit basiert auf der gemeinsamen Verteidigung mit starken konventionellen Streitkräften, auf gesicherten Seeverbindungslinien und auf angemessenen nuklearen Streitkräften sowohl in als auch außerhalb Europas. Zu diesen Streitkräften und der von ihnen getragenen Abschreckungsstrategie möchte ich drei Überlegungen vortragen:

1. Die NATO hat in den letzten 15 Jahren die Zahl der Nuklearwaffen in Europa nicht erhöht; im

Gegenteil: seit 1979 hat sie die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß um 1 000 reduziert. Sollten gemäß diesem Beschluß aus dem Jahr 1979 moderne landgestützte Mittelstreckenwaffensysteme mit nuklearen Gefechtsköpfen disloziert werden, dann würde für jeden neu eingeführten Gefechtskopf ein älterer ausgesondert und entfernt werden. Es gibt in Europa kein „Wettrüsten“ oder speziell „nukleares Wettrüsten“ zwischen dem Westen und dem Osten: Die NATO hat auf die laufende Vergrößerung des sowjetischen Nuklearwaffenbestandes in Europa bisher nicht reagiert — nur bei Durchführung des Beschlusses von 1979 würde eine solche, strikt begrenzte, Reaktion einsetzen.

Es ist vielmehr die Sowjetunion, die, lange ehe die NATO zu einem Beschluß kam, die Bedingungen der Abschreckung in Europa durch Modernisierung und Leistungssteigerung ihrer regionalen Nuklear-Streitkräfte verändert hat, und zwar vor allem durch Dislozierung des Flugkörpersystems SS-20 und Einführung von drei neuen Flugkörpern kürzerer Reichweite bei ihren Europa gegenüberstehenden Streitkräften — SS-22, SS-21 und SS-23 — wobei die beiden letzteren bereits bei den Streitkräften zugelassen sind und die SS-21 in der DDR disloziert ist. Daran sollten wir denken, wenn wir hören, daß die Sowjetunion Dislozierungen der NATO mit zusätzlichen Flugkörpern gegen und in Europa ahnden würde.

2. Die NATO und die USA streben keine „Überlegenheit“ über die Sowjetunion an. Wir hätten unser Ziel schon erreicht, wenn wir das Ungleichgewicht begrenzen und verringern könnten, das durch die fortlaufende sowjetische Aufrüstung in einem in Friedenszeiten beispiellosen Umfang entstanden ist.

Bei weitem die beste Lösung des Problems wäre die Abrüstung; und lassen Sie mich ganz deutlich machen, daß wir uns nach Kräften um Abrüstung bemühen, aber nach beiderseitiger, kontrollierter und überprüfbarer Abrüstung. Ich wiederhole noch einmal: diese Lösung streben wir an. Doch solange sie nicht erreicht ist, brauchen die NATO und die USA zur Abschreckung eine Nachrüstung der strategischen und regionalen nuklearen Einsatzmittel in begrenztem Umfang — mehr ist nicht geplant.

3. Die **gemeinsame Strategie der USA und der NATO** geht nicht darauf aus, die Sowjetunion mit einem sogenannten „ersten entwaffnenden“ oder „prä-emptiven“ Schlag zu bedrohen; wir suchen im Gegenteil, uns die Fähigkeit zu erhalten, unsere Strategie der flexiblen Reaktion und kontrollierten Eskalation durch begrenzte und selektive nukleare Optionen durchzuführen. Auf westlicher Seite gibt es keine neue Strategie und keine neue strategische Lage in Europa. Die Strategie des Westens beruht ausschließlich auf den Mitteln, die dazu dienen, Angriffsoptionen zu verwehren oder zu vereiteln, mit denen die Sowjetunion die NATO entwaffnen und West-

europa erobern oder es durch die Kriegsdrohung zur Kapitulation zwingen könnte.

Das Ziel der NATO-Strategie ist die Kriegsverhinderung — die Verhinderung jedes Krieges mit jeder Art von Waffen —; durch diese Strategie soll sowohl ein begrenzter Krieg als auch ein Abnutzungskrieg in Europa verhindert werden.

Die NATO-Strategie kann auf die Option des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen in Europa nicht verzichten — andernfalls würde sie den Einsatz der überlegenen konventionellen Streitkräfte des WP mit einem geringeren Risiko für den Angreifer als Mittel der Politik ohne Sanktion lassen. Aber die NATO würde jede Waffe nur zu ihrer Verteidigung, als Erwiderung auf einen Angriff einsetzen. Und lassen Sie mich noch einmal wiederholen: Es gibt in der Planung und Doktrin der NATO keine Pläne für einen prä-emptiven Schlag.

Offensichtlich ist es die Absicht der sowjetischen Strategie und Rüstung, Westeuropa mit der Androhung eines auf Europa begrenzten erfolgreichen Krieges und mit der Androhung massiver Zerstörungen im Kriegsfall zu einer Geisel der sowjetischen Militärmacht zu machen. Die erkennbare Absicht der sowjetischen Politik ist, die westeuropäischen Staaten zu bewegen, ihre Sicherheit darin zu suchen, daß sie den Interessen der Sowjetunion entgegenkommen und dabei die Autonomie ihrer nationalen Entscheidungen in einer internationalen Krise der Hegemonialmacht Sowjetunion unterwerfen. Die strategische Politik der Sowjetunion nutzt die Kriegsangst als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele und hält den Krieg selbst in Reserve, aber sehr sichtbar als präsenste Bedrohung. Die Sowjets wollen keinen Krieg führen — zumindest solange das für sie zu riskant ist; was sie anstreben, ist der Sieg im Frieden. Daher habe ich nicht die Befürchtung, daß es zu einem konventionellen oder Atomkrieg in Europa kommt, solange wir unser Verteidigungssystem und unser Bündnis in Ordnung halten. Denn die sowjetischen Politiker sind weder Abenteurer noch Narren und kennen die Risiken eines Krieges. Ihre Fähigkeiten auf militärischem Gebiet sollen offensichtlich einschüchtern. So zeigten die in den letzten Wochen in zunehmendem Maße zu beobachtenden Drohungen verschiedenster Art — verbal, politisch, rhetorisch — was es bedeutete, wenn wir jetzt nicht in der Lage wären, uns selbst zu verteidigen.

Und genau dies ist der Grund für eine neue, moderne Rüstung der Sowjetunion, die auf Europa und Asien zugeschnitten ist, um den Kontinent im Dienst einer imperialen Politik militärisch in Schach zu halten. Welchen anderen Grund könnte es für die Sowjetunion geben, diese gegen uns gerichtete SS-20 zu stationieren, ohne von unserer Seite durch eine einzige Rakete provoziert worden zu sein. Und dieser Flugkörper SS-20 ist ein Mittel dieser politischen Strategie. Er ist eine Waffe zur „Abkoppelung“ der Sicherheit Westeuropas von der Sicherheit der USA durch die speziell auf Europa zugeschnittene Bedrohung.

Wenn ich jetzt zur **Rüstungskontrollpolitik** der NATO komme, werde ich nicht auf die Einzelheiten eingehen, die zur Zeit in Genf, Wien und Madrid zur Diskussion stehen. Lassen Sie mich jedoch darauf hinweisen, daß die NATO der Sowjetunion ein breit gefächertes Angebot von Vorschlägen unterbreitet hat — und die Bundesrepublik Deutschland unterstützt all diese Vorschläge —, die auf die Begrenzung und Reduzierung von Waffen und Streitkräften auf der Grundlage beiderseitiger Zugeständnisse zum beiderseitigen Vorteil abzielen. Wir wollen eine wirkliche Reduzierung, eine wirkliche Reduzierung auf beiden Seiten; nicht nur Rüstungskontrolle, sondern eine Reduzierung von Waffen.

Die Position der Sowjetunion in Genf verrät, daß sie sorgfältig auf der Grundlage militärischer Überlegenheit aufgebaut wurde. Ich versteige mich nicht zu Voraussagen über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen, aber ich kann eine auf Erfahrung gegründete Prognose stellen: Solange die Führung der Sowjetunion damit rechnen kann, daß die Einigkeit des Westens bei der Unterstützung der Ziele der NATO und der Position der USA durchaus abbröckeln und zerfallen könnte, ist es unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion die für einen Kompromiß erforderlichen Zugeständnisse machen wird.

Die sowjetische Seite ist gegen Druck von außen nicht sehr empfindlich. Wer davon spricht, gleichen Druck auf beide auszuüben, täuscht leider sich oder die Öffentlichkeit, wenn er behauptet, daß er dies wirkungsvoll tun könnte.

Die Konzeption, die solchen zweifelhaften politischen Vorstellungen zugrundeliegt, ist die Konzeption der „Äquidistanz“ oder der gleichen moralischen und politischen Distanz von Washington und Moskau. Diese Konzeption ist irreführend, weil keine freie demokratische Gesellschaft eine Stellung in der Mitte zwischen den USA und der Sowjetunion beziehen kann, auch wenn dies von der geographischen Lage her möglich wäre.

Wir in der Bundesrepublik zumindest können nicht zwischen Washington und Moskau neutral sein — weder moralisch, noch psychologisch, noch geistig.

Wir müssen versuchen, unsere gemeinsamen europäischen Interessen gemeinsam zu fördern, aber wir können das nicht unter russischen Kanonenhoren und im Schatten russischer Raketen, die auf uns gerichtet sind, während wir den amerikanischen Verbündeten fernhalten und den Schutz sowjetischer Versprechungen der Sicherheit durch amerikanische Abschreckung vorziehen.

Lassen Sie mich deutlich machen, daß wir uns, was unsere Beziehungen zur Sowjetunion angeht, — und ich hoffe, daß die Sowjets die Möglichkeit haben, sich von dem, was ich sage, zu überzeugen — nach Kräften um gute und sogar freundschaftliche Beziehungen bemühen. Wir bedrohen sie in keiner Weise. Wir beabsichtigen nicht, irgendwo einen militärischen oder Wirtschaftskrieg gegen sie zu führen. Wir ziehen die Zusammenarbeit gegenüber der Konfrontation und die Abrüstung gegenüber der Rüstung vor. Wir wollen mehr und nicht weniger

Austausch. Wir wollen jedoch, daß die Sowjetunion unsere Sicherheitsinteressen respektiert, so wie wir die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion respektieren.

Ich wende mich nun der Konzeption der sogenannten „**atomwaffenfreien Zonen**“ und den verschiedenen hierzu gemachten Vorschlägen zu. Ob eine solche Zone nun 150 oder 300 km breit auf beiden Seiten der Trennungslinie durch Europa ist, es kommt doch nicht so sehr darauf an, wo die Atomwaffen stationiert oder gelagert sind, als darauf, wohin sie zielen und wo sie detonieren würden. Worum es sich also wirklich dreht, ist Europa als Ziel, Europa als Objekt der nuklearen Strategie und der Machtpolitik und nicht nur Europa als Stationierungsgebiet für Kernwaffen. Selbst bei einer Breite von 600 oder 900 km auf beiden Seiten wäre eine solche Zone in Mittel- oder Nordeuropa, in der nicht ein einziger nuklearer Gefechtskopf gelagert wäre, nicht „atomwaffenfrei“ und nicht frei von den Waffen, die von außen, aus großer Entfernung, selbst aus dem Gebiet hinter dem Ural, irgendwo in Sibirien oder in Kasachstan, auf sie gerichtet wären.

Die Reichweite der Waffen und die Stationierungsräume in der Sowjetunion sowie die derzeitigen Dislozierungen sowjetischer Flugkörper in der europäischen UdSSR und im strategischen Komplex auf der Kola-Halbinsel machen es unmöglich, einen Schutz gegen die nukleare Bedrohung durch die Schaffung „atomwaffenfreier Zonen“ zu erzielen.

Skandinavien ist bereits atomwaffenfrei, wenn man von den gelegentlichen, mit Atom-Torpedos oder nuklear bestückten Marschflugkörpern ausgerüsteten, sowjetischen U-Booten an seinen Küsten absieht.

Die einfache Wahrheit ist die, daß atomwaffenfreie Zonen auch nicht den geringsten Schutz gegen den Kernwaffeneinsatz von außen bieten. Im Gegenteil: Bei dem einzigen Fall in der Geschichte, wo Atomwaffen eingesetzt wurden, handelte es sich um eine atomwaffenfreie Zone und atomwaffenfreie Städte.

Atomwaffenfreie Zonen sind ein Privileg für diejenigen, die mit Atomwaffen angreifen oder bedrohen wollen. Politisch ausgedrückt heißt das: Wer glaubt schon, daß ein Regime, welches die territoriale Souveränität neutraler Staaten im Frieden nicht respektiert, atomwaffenfreie Zonen in Krisen- oder Kriegszeiten respektieren könnte? Solange das Ziel einer umfassenden Abrüstung noch nicht erreicht ist, besteht der einzige Schutz gegen den Einsatz von Kernwaffen darin, sie selber zu haben und in der Lage zu sein, den Feind zu gefährden.

Ob es zu einer Eskalation kommt, hängt übrigens nicht vom geographischen Standort der Atomwaffen ab, sondern von politischen und militärischen Entscheidungen, und Spannungen entstehen nicht deshalb, weil Atomwaffen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs stationiert sind. Diese Spannungen können daher nicht beseitigt werden, indem man Atomwaffen aus diesem Bereich entfernt.

Das Angebot der NATO, über die vollständige Beseitigung landgestützter Mittelstreckenwaffen und strikte Beschränkungen bei Kurzstreckensystemen zu verhandeln, ist weit verheißungsvoller und dauerhafter, auch wenn es bisher von der Sowjetunion weder in Genf noch in der Öffentlichkeit ernsthaft behandelt wurde.

Die sowjetische Forderung nach **Anrechnung der strategischen Waffen Großbritanniens und Frankreichs** auf amerikanischer Seite bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß man den Vereinigten Staaten die Gleichberechtigung im Rahmen des Abkommens versagt und die amerikanischen nuklearfähigen Flugzeuge ohne eine entsprechende sowjetische Gegenleistung reduziert.

Es ist leicht einzusehen, daß dieses weder für Großbritannien und Frankreich noch für die durch die amerikanische Abschreckung geschützten westeuropäischen Staaten annehmbar ist. Gerade die amerikanischen Waffen garantieren die Sicherheit der nicht-nuklearen Staaten Westeuropas und nicht die britischen und französischen, wie stark und leistungsfähig sie auch sein mögen. Und ich sage dies im Namen eines Landes, das auf die Herstellung und den Besitz von Atomwaffen verzichtet und den Vertrag unterschrieben hat.

Alle sowjetischen Vorschläge in Genf — und dies sollte meiner Ansicht nach deutlich gemacht werden — bedeuten eine dreistufige Ordnung der Sicherheit in Europa.

Auf der höchsten Stufe steht die Sicherheit der Sowjetunion, danach folgen die Sicherheit Großbritanniens und Frankreichs als Atommächte und schließlich die Sicherheit der übrigen Staaten auf niedrigster Ebene.

Dies würde bedeuten, daß die westeuropäischen Staaten nicht mehr damit rechnen könnten, daß die NATO intakt bliebe und sie schützte; die Vereinigten Staaten würden in ihrer Präsenz in Europa, ihrer militärischen Kräftestruktur, ihrem politischen Status und ihrem Engagement für die Verteidigung Europas eingeschränkt und dies wiederum bedeutete, daß die Nordatlantische Allianz nicht mehr eine strategische Einheit wäre, und die grundlegende Situation in Europa würde zum Vorschein kommen und politisches Profil gewinnen: Ungleichheit der Geographie, der physischen Kräfte, des militärischen Potentials und der Verwundbarkeit.

Und dies ist, so glaube ich, eindeutig das Ziel, das hinter den sowjetischen Vorschlägen steht: eine grundlegende Änderung des westeuropäischen Sicherheitssystems, die Trennung Europas von den Vereinigten Staaten. Dies ist offensichtlich seit langem ein Ziel sowjetischer Politik. Und wenn die amerikanische strategische Abschreckung erst einmal von der NATO getrennt wäre, würde eine sowjetische Hegemonie über Gesamteuropa möglich, und das ohne Krieg.

Wenn wir also diese bedrohenden sowjetischen Mittelstreckenraketen durch eine erfolgreiche Abrüstung nicht ausschalten können, muß die NATO

entsprechende Waffen stationieren, um die Sowjetunion zu zwingen, gleiche Risiken wie Westeuropa auf sich zu nehmen und die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Westeuropas bei Verhandlungen über Rüstungskontrolle anzuerkennen. Zweck des Vorschlages über eine Zwischenlösung in Genf ist es, dieses bei möglichst niedrigem Rüstungsniveau auf beiden Seiten zu tun. Wir haben die von uns bevorzugte Lösung bekanntgegeben, und wir bleiben dabei: Das ist die Null-Lösung: beiderseitige Beseitigung dieser Waffen.

Inzwischen müssen wir zusammenhalten und angesichts des wachsenden sowjetischen Drucks die gemeinsame Bündnisformation intakt halten.

Wir dürfen nicht untereinander verhandeln und unsere Position alle zwei oder drei Monate ändern, sondern wir sollten darauf warten, daß die andere Seite echte Konzessionen für einen Kompromiß anbietet, statt wie bisher Scheinbewegungen vorzunehmen. Wir haben mit dem Vorschlag über die Zwischenlösung einen Schritt nach vorne getan; jetzt ist es, so meine ich, an den Sowjets, darauf zu reagieren, da wir nicht erwarten können, daß die Sowjetunion unser Sicherheitsbedürfnis respektiert und gleiche Sicherheitsbedingungen für beide Seiten in Europa akzeptiert, wenn wir unsere eigenen Interessen, unser Bündnis und unsere eigenen Entscheidungen nicht respektieren. Solange die Sowjetunion darauf hoffen kann, uns ihren Willen aufzuzwingen, wird es keinen Kompromiß geben, und die Verhandlungen werden nicht zu Ergebnissen führen, die in unserem Interesse liegen. Wir müssen Geduld haben und fest entschlossen bleiben; für die Entschlossenheit gibt es, so glaube ich, keine Alternative.

Wenn wir diese Prüfung bestehen, und diese Prüfung wird in diesem Jahr nicht enden, sondern andauern, wenn wir bei Nichtzustandekommen eines Abkommens unsere Pläne weiterverfolgen, dann werden die Sowjets sich überlegen, wie sie ihre Sicherheitsinteressen durch Rüstungskontrolle besser fördern können als dadurch, daß sie einfach auf ihrer Raketen-Pyramide thronen und darauf warten, daß wir unsere Politik und unsere Sicherheitsinteressen ihren Forderungen anpassen.

Wir müssen die unsinnige Kriegsfurcht zerstreuen, die gewisse Leute verbreiten, während sie gleichzeitig die Substanz des Friedens übersehen, d. h. Freiheit und offene Grenzen, Menschenrechte und freien Austausch. Dies ist einer der Punkte, die ich jedem sowjetischen Politiker zu vermitteln versuche, mit dem ich spreche, und ich spreche so oft es geht mit ihnen. Ich erzähle ihnen, daß mir früher als jungem Deutschen, der bei Ende des Zweiten Weltkrieges elf Jahre alt war, in der Schule beigebracht wurde, daß Frankreich unser natürlicher Feind ist. Und dann studierte ich ein Jahr lang in Frankreich, zu einer Zeit, als der Krieg gerade erst sieben oder acht Jahre vorbei war. Heute empfindet die jüngere Generation in meinem Land nicht die geringste Feindseligkeit gegenüber Frankreich. Es bestehen Freundschaft und Frieden, beständiger Frieden. Und wie wurde das erreicht? Nicht durch

politische Reden, sondern dadurch, daß sich für deutsche und französische Jugendliche die Grenzen öffneten, durch Jugendaustauschprogramme, die junge und ältere Menschen zusammenführten. Und jedes Mal, wenn ich einen sowjetischen Politiker treffe, schlage ich ihm vor: „Öffnen Sie Ihre Grenzen. Bringen Sie, wenn sie wollen, Tausende junger Russen in unser Land, und wir schicken Tausende junger Deutscher in Ihr Land, und dann werden Sie sehen, daß beide Völker nichts anderes als Frieden in Freiheit wollen.“ Dies ist eine politische Alternative. Nicht nur Rüstungsbegrenzung und Waffenreduzierung sind wichtig; wenn man wahren Frieden will, muß man die Grenzen und Mauern niederreißen und nicht auf Menschen schießen, die eine Grenze überschreiten wollen.

Ein Krieg ist völlig unwahrscheinlich, solange das Bündnis fest zusammenhält und wir eine Aggression durch unsere Waffen abschrecken können, und uns dabei gleichzeitig in Verhandlungen um ein Abkommen über beiderseitige Sicherheit und die nachprüfbare und ausgewogene Reduzierung aller Streitkräfte bemühen.

Auf die Frage des griechischen Abg. **Zervos** nach der Möglichkeit eines versehentlich durch Computerfehler ausgelösten Atomkrieges antwortete Minister **Dr. Wörner**, der Einsatz von Nuklearwaffen sei eine politische Entscheidung, die in keinem Falle einem Computer überlassen bliebe.

Der Präsident der Versammlung, **Dr. Peter Cortesier**, leitete die Aussprache über „Aktuelle Aspekte der Sicherheit in Europa“ ein (Übersetzung aus dem Englischen):

Zuerst möchte ich Herrn Premierminister Schlüter, Herrn Premierminister Palme und Herrn Minister Wörner noch einmal für ihre Worte an die Versammlung danken, die, davon bin ich überzeugt, unsere allgemeine Aussprache heute beleben werden.

Diese Versammlung tritt zu einem wichtigen Zeitpunkt im Leben des Bündnisses zusammen. Wir stehen heute und in den kommenden Jahren Herausforderungen auf lebenswichtigen Gebieten der Politik, Sicherheit und Wirtschaft gegenüber, die die Grundlage der Ost-West-Beziehungen beeinflussen und die wichtigsten Bande der Beziehungen innerhalb des Bündnisses berühren. Diese Herausforderungen richten sich an unsere Sicherheit, unsere Solidarität und die zukünftige Form des Bündnisses.

Natürlich besteht die größte und entscheidendste Herausforderung für das Atlantische Bündnis 1983 aus der Erfüllung des **NATO-Doppelbeschlusses** aus dem Jahre 1979 über die langfristige Modernisierung der atomaren Mittelstreckenwaffen und die Rüstungskontrolle. Die 1979 getroffene Entscheidung symbolisiert die grundsätzliche Haltung des Bündnisses zur Sicherheit, nämlich glaubwürdige Abschreckung durch Nachrüstung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig unsere Bereitschaft zur Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen zu demonstrieren, um Sicherheit auf einer niedrigeren Rüstungsebene zu erreichen. Von größter Wichtig-

keit ist die Tatsache, daß diese Entscheidung die kollektive Natur der Bündnissicherheit unterstreicht und unsere gemeinsame Verpflichtung zur strategischen Einheit des Bündnisses widerspiegelt. Die Entscheidung war damals richtig und ist es heute noch.

Es ist unbedingt notwendig, daß wir den bündnisweiten Konsens über beide Teile der 1979 getroffenen Entscheidung entschlossen aufrechterhalten. Auf beiden Seiten des Atlantiks wünschen die Öffentlichkeit ebenso wie die jeweiligen Regierungen mit großem Ernst und quer durch alle politischen Richtungen den erfolgreichen Abschluß der **Verhandlungen in Genf**. Sollten diese Verhandlungen im Verlauf des Jahres ohne Erfolg bleiben, muß allen Seiten unmißverständlich klar sein, daß die Verantwortung für diesen Mißerfolg bei der Sowjetunion liegt, nicht beim Westen.

Wir können jedoch in Genf nur mit Fortschritten rechnen, wenn die Sowjetunion von unserer Bereitschaft zur Stationierung überzeugt ist. Dennoch sollten wir in der Öffentlichkeit nicht die unrealistische Erwartung wecken, daß die Sowjetunion angesichts der beginnenden NATO-Nachrüstung zu einer schnellen Vereinbarung bereit sein würde. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die Sowjetunion in dem Versuch, die öffentliche Meinung des Westens auszunutzen, 1984 nicht zu einer raschen Vereinbarung kommen, sondern statt dessen einen wesentlich härteren Standpunkt einnehmen wird. Hinweise darauf waren schon in der sowjetischen Drohung, als Gegenmaßnahme zur NATO-Stationierung atomare Waffen in Osteuropa aufzustellen, erkennbar. Derartige sowjetische Aktionen zeigen deutlich, wie wichtig es ist, daß wir mit Entschlossenheit am Doppelbeschluß festhalten. Auf keinen Fall dürfen wir der Sowjetunion erlauben, diese Entschlossenheit zu unterminieren.

Die Diskussion über das Thema der heutigen Debatte, „Aktuelle Aspekte der Sicherheit in Europa“, neigt dazu, von diesen Problemen der atomaren Mittelstreckenwaffen überschattet zu werden. Während unsere augenblicklichen Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, beide Teile des Doppelbeschlusses erfolgreich durchzuführen, sind die längerfristigen Ziele und Herausforderungen, denen das Bündnis gegenübersteht, nicht weniger wichtig oder gar weniger schwierig.

Teilweise als Ergebnis der Sorgen der Öffentlichkeit über nukleare Waffen befindet sich das Bündnis zur Zeit in einer, wie ich meine, gesunden Diskussion über Sicherheitspolitik. Bei mehreren Gelegenheiten hat General Rogers vor dieser Versammlung seine Überzeugung ausgedrückt, daß wir uns etwas weniger auf atomare Waffen verlassen und die atomare Schwelle durch größere Anstrengungen in der **konventionellen Verteidigung** anheben können. US-Senator Sam Nunn hat ebenfalls vorgeschlagen, daß die Allianz zu einer Politik „der Vermeidung des frühzeitigen Erstschlags“ übergehen solle, ein Vorschlag, der auch in der kürzlich veröffentlichten Studie der European Security Study Group (ESECS) gemacht wurde. Die Verwirkli-

chung dieses Vorschlags ist ein Thema, das unsere volle Aufmerksamkeit erfordert.

Derartige Initiativen sind ein nützlicher und willkommener Beitrag zur Debatte über die europäische Sicherheit. Wir müssen versuchen, das gegenwärtige Interesse und die Befürchtungen der Öffentlichkeit in konstruktive Kanäle zu lenken. Wir müssen deutlich erklären, vor welchen Wahlmöglichkeiten die Allianz steht, und Weitblick und Führungskraft bei der Formulierung einer Verteidigungspolitik, die sowohl unsere Öffentlichkeit beruhigt als auch potentielle Gegner abschreckt, an den Tag legen.

Gleichzeitig müssen wir durch die ernsthafte und energische Weiterführung der **Rüstungskontrollverhandlungen** klarmachen, daß die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses entschlossen sind, die Spannung abzubauen und ein niedrigeres Rüstungsniveau zu erreichen. Der Westen befindet sich zur Zeit in Verhandlungen auf mehreren Gebieten, wie START (Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen), INF (Verhandlungen über die Reduzierung atomarer Mittelstreckenwaffen), MBFR (Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung), sowie im Rahmen der UNO, wo es im wesentlichen um eine Abrüstung chemischer Waffen geht. Das Zustandekommen der vorgeschlagenen Konferenz über Abrüstung in Europa, deren erste Phase sich mit vertrauensbildenden Maßnahmen befassen würde, wäre ein äußerst nützlicher Schritt in diesem Zusammenhang, und wir hoffen, daß diese Konferenz als eine echte Chance für Rüstungskontrolle genutzt werden wird.

Unser Engagement für die Rüstungskontrolle ist nur ein, wenn auch sehr wichtiges, Element des Dialogs zwischen Ost und West. Dieser Dialog wurde im Harmel-Bericht des Jahres 1967 als einer der beiden parallelen Wege zur Sicherheit der Allianz definiert. Der Bericht stellte fest, daß Entspannung und der Abbau von Spannungen zusammen mit einer glaubwürdigen Verteidigung die beiden wesentlichen Bestandteile des Strebens der Allianz nach umfassender Sicherheit darstellen.

Es besteht heute im Bündnis ein gewisses Unbehagen bei der Bezugnahme auf das Entspannungsprinzip des Harmel-Berichts. Gewiß, das Wort **Entspannung** ist durch den Ausdruck „echte Entspannung“ oder „gegenseitige Entspannung“ ersetzt worden, aber ein bündnisweiter Konsens über die konkrete Bedeutung dieser Wendungen ist noch nicht erzielt worden. Gelegentlich treten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bündnisses, z. B. über Ost-West-Handelsbeziehungen auf. Diese Meinungsverschiedenheiten resultieren aus mehreren Faktoren — unterschiedliche geographische Gegebenheiten, unterschiedliche Erfahrungen im Handel mit dem Osten, verschiedene Meinungen über den Einsatz wirtschaftlicher Beziehungen für politische Zwecke und manches Mal auch unterschiedliche Empfindungen der Bedrohung.

Man sagt, man könne nur enttäuscht werden, wenn man zu viel erwartet habe. Vielleicht waren einige

der Hoffnungen auf Entspannung in den 70er Jahren unrealistisch. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, in Zukunft eine ausgewogene und realistische Politik auf der Grundlage der Verteidigung und Zusammenarbeit zu verfolgen. Vielleicht braucht diese Allianz eine neue Harmel-Übung, um über diese Frage wieder Einigkeit erzielen zu können.

Eine weitere Herausforderung, der das Bündnis gegenübersteht, ist die Gefahr von **Krisenfällen außerhalb des Bündnisbereiches**. Wir haben uns dazu bekannt, daß Ereignisse außerhalb des definierten Bereichs des Nordatlantikpaktes die lebenswichtigen Interessen der Länder des Bündnisses berühren und daß die Sicherheitsinteressen des Westens über diesen Bereich hinausgehen. Es gibt innerhalb des Bündnisses jedoch unterschiedliche Meinungen darüber, wie man sich angesichts dieser Dimension unserer gemeinsamen Sicherheit am besten verhalten soll. Inwieweit die europäischen Bündnismitglieder innerhalb dieses Bereiches mehr tun könnten zum Ausgleich und zur Erleichterung der von den Vereinigten Staaten aufgestellten Pläne für den Eventualfall außerhalb des Bündnisbereiches, bleibt abzuwarten.

Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß wirtschaftliche Zwänge in vielen westeuropäischen Ländern es schwierig, wenn nicht unmöglich machen werden, die realen Verteidigungsausgaben über das derzeitige Niveau hinaus zu erhöhen. Eine Möglichkeit, einen wirkungsvolleren europäischen Beitrag zur Bürde der gemeinsamen Verteidigung zu leisten, könnte in stärkerer Kooperation unter den europäischen Bündnismitgliedern liegen.

Die Schaffung der lang erwarteten „zweiten Säule“ des Bündnisses wäre äußerst hilfreich, um die gegenseitigen Beschuldigungen, die das transatlantische Verhältnis allzuoft prägen, zu vermindern. Mehr Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung innerhalb Europas würde Europa mehr Gewicht in der Allianz geben und ein größeres Maß kollektiver Verantwortung für getroffene Entscheidungen.

Wenngleich es den Europäern obliegt, ein höheres Maß an Verantwortung für ihre eigene Verteidigung zu übernehmen, so muß doch ganz klar ausgesprochen werden, daß die Verpflichtung der Vereinigten Staaten für die europäische Verteidigung nicht vermindert werden kann und darf. Die Präsenz amerikanischer Truppen und Atomwaffen in Westeuropa sind lebenswichtige Garanten der Abschreckung.

Die NATO ist wesentlich und grundsätzlich ein politisches Bündnis. Ohne politischen Konsens und Zusammenhalt wird unser Gelöbnis der kollektiven Sicherheit weniger glaubwürdig für uns selbst und für jeden potentiellen Gegner. Es ist deshalb von größter Bedeutung, daß wir bei der Diskussion über die zukünftige Sicherheit Europas unser wichtigstes Ziel, den politischen Zusammenhalt, nicht aus den Augen verlieren. Ohne die Unterstützung und das Verständnis der Öffentlichkeit in unseren jeweiligen Ländern können wir langfristig keine le-

bensfähige und glaubwürdige Verteidigungspolitik verfolgen. Auch können wir den Zusammenhalt des Bündnisses nicht aufrechterhalten, wenn wir uns von politischen und wirtschaftlichen Differenzen auseinandertreiben lassen.

Die transatlantische Partnerschaft, die den Frieden in Europa fast vier Jahrzehnte lang aufrechterhalten hat, tritt jetzt in vielerlei Hinsicht in eine neue Ära ein. Dabei ist das Auftreten einer neuen Generation, der sogenannten „Nachfolgegeneration“, für die eine historische Würdigung der Bedeutung des Atlantischen Bündnisses nicht selbstverständlich ist, vielleicht die wichtigste Komponente.

Als Parlamentarier haben die Mitglieder dieser Versammlung eine besondere Rolle in der Entwicklung des Bündnisses zu spielen. Wenn es uns gelingen soll, die Öffentlichkeit vom Wert unseres Zwecks als Bündnis zu überzeugen, wenn wir wirtschaftliche und politische Differenzen, die das eigentliche Ziel des Bündnisses unterminieren würden, vermeiden wollen, müssen wir die Einsicht und Führung vermitteln, die notwendig sind, um diese Ziele in unseren jeweiligen Ländern zu erreichen. Nur auf diese Weise werden wir Frieden und Freiheit in Europa in den 80er Jahren und darüber hinaus erhalten können.

Senator **Mathias** (USA) erinnerte daran, daß Artikel 2 des Nordatlantikvertrags eine Verbindung von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik im Bündnis herstellt. Dieser Aspekt komme zum Tragen insbesondere auch im Verhältnis zu Gebieten außerhalb des NATO-Bereiches. Wirtschaftliche Hilfe und Einflußnahme auf Länder der Dritten Welt seien ein risikoreiches Geschäft. Zwar verrieten die sowjetischen Aktivitäten hier kein kohärentes Konzept zur Aufspaltung des Westens, doch sei die Art und Weise ihrer Tätigkeit beunruhigend. Falls der Westen versäume, seine wirtschaftlichen Ressourcen auf diejenigen Gebiete zu lenken, die das größte wirtschaftliche Potential besäßen und zugleich in hohem Maße gefährdet seien, würden die Sowjets maximale Vorteile daraus ziehen. Zwar müßten die erforderlichen Bemühungen auf dem Schauplatz der internationalen Finanzinstitutionen stattfinden, doch habe die NATO die wichtige Aufgabe, durch Analyse und Beeinflussung übermäßige sowjetische wirtschaftliche Einmischung zu verhindern.

Abg. Frau **Madsen** (Dänemark) unterstützte den Gedanken nuklearwaffenfreier Zonen, die besonders dort zu errichten seien, wo sich solche Waffen bereits befänden. Der doppelte Zweck des Bündnisses drücke sich treffend in dem NATO-Doppelbeschluß aus. Man dürfe sich nicht einseitig auf Verhandlungen oder auf militärische Stärke stützen.

Abg. **Lord Kimberley** (Vereinigtes Königreich) begrüßte, daß die Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien für eine Dislozierung der Mittelstreckenwaffen sprächen, falls die Genfer Verhandlungen ohne Erfolg blieben. Die Aufstellung der cruise missiles in Großbritannien müßte die Sowjets zu ernsthaftem Verhandeln

veranlassen. Eine Aufschiebung der Dislozierung sei ungünstig für Verhandlungen.

Abg. **Medina** (Spanien) sprach die Erwartung aus, daß die spanische Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Versammlung das Verständnis für die Rolle der NATO in seinem Lande fördern, sowie Anliegen der spanischen Öffentlichkeit den Verbündeten näherbringen werde. Das Referendum über die NATO-Mitgliedschaft fände vor 1986 statt. Spanien habe erklärt, daß es keine Atomwaffen auf seinen Boden aufstellen werde. Problematisch würden noch die Fragen der Verteidigungsgarantien für spanische Territorien außerhalb der iberischen Halbinsel sowie die Gibraltarfrage gesehen. Unzweifelhaft unterstütze Spanien jedoch die Verteidigung des Westens.

Abg. Prof. **Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) hob hervor, nicht die westliche Allianz sei dafür verantwortlich, daß man jetzt versuchen müsse, ein gewisses Gleichgewicht in die Rüstung zu bringen. Die sowjetische Aufrüstung habe diese Lage herbeigeführt. Die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland und auch ihrer Verbündeten würden am besten gewahrt, wenn die freien Länder des Westens einschließlich Japans eine einheitliche und entschiedene Haltung angesichts der bestehenden Bedrohung einnähmen. Die Bundesregierung befürworte die Strategie der Abschreckung auf der Grundlage entsprechender Kapazitäten, sei jedoch gleichzeitig für die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Auch die NATO müsse noch mehr als in der Vergangenheit die Strategie eines ständigen Dialogs entwickeln. Der rein defensiv ausgerichtete Charakter ihrer Verteidigungskapazität sei ein stabiler Faktor in den internationalen Beziehungen. Die Bundesrepublik sei an einem ausgewogenen Ergebnis der Genfer Verhandlungen interessiert, jedoch nicht um jeden Preis, insbesondere nicht auf Kosten der eigenen Sicherheit und der politischen Unabhängigkeit. Sie stelle den sowjetischen Friedenswillen nicht in Frage, appelliere jedoch an die Sowjetunion, ihren Friedenswillen durch konkrete Vereinbarungen in Genf zu unterstützen. In diesem Kontext sei Vertrauen gut, Kontrolle aber besser.

Im Blick auf den Vorschlag nuklearwaffenfreier Zonen müsse der Grundsatz der unteilbaren Sicherheit gelten; denn derartige Konstruktionen schafften Zonen verschiedener Sicherheit, was schließlich zu allgemeiner Unsicherheit führen könne. Die nukleare Abschreckung des Westens habe seit dreißig Jahren allen Kritikern zum Trotz ihren Zweck erfüllt, nämlich den Frieden zu erhalten.

Auf der Grundlage enger Zusammenarbeit und Einigkeit im Bündnis und steter Bereitschaft zum Dialog mit der Sowjetunion müsse in Genf ein Abkommen erreicht werden. Er hoffe, daß der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion in diesem Sinne einen guten Beitrag auf dem Wege zu einer Lösung darstelle.

Abg. **Holemark** (Norwegen) erklärte, die Frage nuklearwaffenfreier Zonen könne nur im Zusammen-

hang der bestehenden Sicherheitsvorkehrungen gesehen werden und sei durch die Teilnahme der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion an entsprechenden Verhandlungen bedingt.

Abg. Zervos (Griechenland) unterstrich die Unterstützung seiner Regierung für jegliche Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung, einschließlich eventueller Interimslösungen. Das notwendige Gleichgewicht der Kräfte dürfe nur durch Abwärtsbewegungen, nicht durch neue Dislozierungen erreicht werden. Er erinnerte an den Vorschlag seiner Regierung für eine nuklearwaffenfreie Balkanzone.

Abg. Huygues des Etages (Frankreich) wies auf den Konsens in seinem Lande über die Verteidigungspolitik hin, der auf den Besitz einer unabhängigen Nuklearabschreckung gegründet sei und einen deutlichen Gegensatz zur Lage in einigen Nachbarländern darstelle. Das französische Nuklearpotential diene dem Schutz lebenswichtiger nationaler Interessen und stehe nicht zur Disposition von Verhandlungen. Sollten die Genfer Verhandlungen nicht bis Jahresende zum Erfolg führen, müsse das nukleare Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau wiederhergestellt werden.

Abg. Frinking (Niederlande) forderte, daß die Aussage des Gipfeltreffens in Williamsburg über eine „globale und unteilbare Sicherheit“ in ihren weitreichenden Auswirkungen von den Parlamentariern gründlich untersucht werde. Auch die INF-Frage sei in den Parlamenten des Bündnisses nicht ausreichend behandelt worden. Er vermisse bei den Genfer Gesprächen den politischen Willen zum Erfolg und fürchte bei Ausbleiben zeitiger Ergebnisse um den Zusammenhalt des Bündnisses.

Abg. Mosar (Luxemburg) begrüßte die offene Diskussion der sicherheitspolitischen Fragen in den Ländern des Bündnisses. Sie sei notwendig zur Festigung der Überzeugung. Das Festhalten der Bündnispartner an dem NATO-Doppelbeschluß schließe nicht ihre Bereitschaft zur Entspannung und vermehrtem Austausch auf allen Gebieten mit dem Warschauer Pakt aus.

Abg. Nunes (Portugal) sagte, es gäbe zum Atlantischen Bündnis keine glaubhafte Alternative der Verteidigung. Daher sei der Wille zu politischem Konsens das Wichtigste im Bündnis. Eine Vorbedingung der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen liege in einer konzertierten Wirtschaftspolitik.

Senator Hastings (Kanada) bedauerte die verschiedenen Vorschläge in Bündnisländern für eine Abweichung vom NATO-Doppelbeschluß. Das könnte nur die Sowjets ermutigen. Es sei unlogisch, angesichts des nuklearen und konventionellen Ungleichgewichts zugunsten des Ostens vom Westen Abrüstung zu fordern. Er erinnerte an die Lehre des letzten Weltkrieges: Die Politik des Friedens um jeden Preis führte ins Unglück.

Abg. Arima (Japan) sagte, die NATO müsse die globale Perspektive berücksichtigen. Die mobilen SS-

20-Raketen könnten auch gegen Asien gerichtet werden. Daher befürworte Japan die von Präsident Reagan vorgeschlagene Null-Option. Die Sowjetunion versuche die USA sowohl von ihren europäischen Verbündeten als auch von Japan zu trennen. Deshalb müsse zwischen Japan und dem Atlantischen Bündnis ein Dialog stattfinden.

Abg. Levitas (USA) verwarf die Pläne nuklearwaffenfreier Zonen von Premierminister Palme und kündigte zugleich größere Aufmerksamkeit des Kongresses für die Strategie bei Verhandlungen über Nuklearwaffen an.

Abg. Budtz (Dänemark) unterstrich die überzeugte Zugehörigkeit seines Landes zur NATO; allerdings könnten zu hohe Verteidigungslasten auf Kosten des Wohlfahrtssektors die innere Stabilität und die Unterstützung der Öffentlichkeit für die NATO gefährden. Das dänische Parlament habe sich für eine Verlängerung der INF-Verhandlungen unter Aussetzung aller Dislozierungen ausgesprochen. Durch Verbindung der INF- und START-Gespräche sollten die französischen und britischen Nuklearwaffen in die Verhandlungen einbezogen werden. Vor allem müßte die Zahl der SS-20 soweit verringert werden, daß auf die Dislozierung von Marschflugkörpern verzichtet werden könne. Dies sei nicht nur die Meinung eines kleinen Landes, sondern aller Sozialdemokraten Europas.

Abg. van Elewyk (Belgien) schloß sich diesem Standpunkt an.

Abg. Duffy (Vereinigtes Königreich) sagte, der NATO-Doppelbeschluß habe zu einer Bedrohung der Einheit des Bündnisses geführt. Meinungsumfragen in den USA zeigten keine Unterstützung für die Dislozierungen, deren Last im übrigen nur auf den Schultern von drei Mitgliedsländern ruhe.

Abg. Gansel (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich in Anknüpfung an die Ausführungen des dänischen Abg. Budtz die Doppelaufgabe des Bündnisses: Schutz vor der militärischen Macht der Sowjetunion und Frieden durch Verständigung mit dem möglichen Gegner. Dieser Aufgabe würden weder Appeasement noch Rüstungswettlauf gerecht. Ost und West müßten zu einer Sicherheitspartnerschaft gelangen, die nicht nur auf gegenseitiger Abschreckung beruhen dürfe, sondern auf beiden Seiten auch die Selbstabschreckung aus der Erkenntnis der eigenen Zerstörungskräfte erfordere. Der NATO-Doppelbeschluß sei nicht als ein Automat konzipiert worden, sondern als ein Instrument zur Rüstungskontrolle. Wer sage, daß ein Kompromiß nur möglich sein werde nach der Stationierung von Pershing-2 und cruise missiles, verlasse die Grundlage, auf der die NATO-Entscheidung getroffen wurde. Seit 1979 seien neue politische und militärische Alternativen in den Diskussionen aufgetaucht wie verbesserte, seegestützte cruise missiles, Pershing-1b, die Verbindung von START und INF, atomwaffenfreie Korridore, ein ausgehandeltes Gleichgewicht von konventionellen Waffen in Europa, usw. Die Stärke der NATO erlaube es, dies zum

Gegenstand von Diskussionen und Verhandlungen zu machen anstelle einer Polarisierung. Entspannung sei die einzige Alternative zum kalten Krieg, hinter dem noch schlimmere Möglichkeiten stünden. Das Motto „Frieden durch Verständigung“ müsse in Wachsamkeit, mit Selbstbewußtsein und in Solidarität verwirklicht werden.

Abg. **Førde** (Norwegen) wies darauf hin, daß in naher Zukunft dem Bündnis schwierige Probleme bei den Gefechtsfeldwaffen und der Modernisierung von Waffen bevorstünden.

Abg. **Stathopoulos** (Griechenland) bezweifelte, daß die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone beispielsweise im Balkangebiet Gültigkeit erlangen könne ohne die Zustimmung der Atommächte. Verstärkungen der konventionellen Bewaffnung erhöhten die Konfliktgefahr.

Die Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung wird vom 2. bis 7. Oktober 1983 in Den Haag stattfinden.

Bonn, 26. 8. 1983

(Prof. Dr. Abelein)

Leiter der Delegation

